5. Jahrgang Nr. 15. Einzelnummer 30 Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 40.— Mk. Durch Austräger 225.— Mk. pro Woche. Durch die Post 300.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837

Donnerstag, 18. Januar 1923

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 20.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 75.— Mark.

Kapitalistisch-sozialdemokr. Wiederaufbaupolitik

Die Kommunistische Internationale gegen den Krieg.

Von Walter Stoecker (Berlin).

Ueber Erwarten schnell ist in Mitteleuropa eine sehr ernste Situation entstanden. Der französische Imperialismus hat die Ruhrkohle in seine Hand genommen. Die deutsche Regierung leistet Widerstand und, wenn auch nicht formell, so ist doch praktisch der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen. Zu diesem Konflikt führte der Machthunger des französischen Imperialismus, der neben den vielen anderen Positionen auf dem kontinentalen Europa sich jetzt auch unbedingt das Ruhrgebiet sichern will, um damit unbestritten nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich die erste Macht in Europa zu werden und vor allem England gegenüber auch das größte Kohlengebiet Europas in der Hand zu haben. Diesen Plänen kam die kurzsichtige und verhängnisvolle Politik der deutschen Cuno-Regierung sehr gelegen. Die deutsche Schwerindustrie hatte planmäßig die Finanzlage des deutschen Staates verschlechtert, den Staat der Zahlungsunfähigkeit und dem Bankrott entgegengeführt, während sie sich selbst zugleich schamlos bereicherte und ungeheure Profite anhäufte. So spitzte sich die Lage immer mehr zu. Poincare ließ Essen besetzen. Die deutsche Regierung Cuno, nachdem sie Poincare mehrmals ernstlich die „Kooperation" der deutschen und französischen Industrie vergeblich angeboten hat, hat jetzt die Beziehungen zu Frankreich abgebrochen, alle Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien eingestellt, das Kohlensyndikat von Essen fortgezogen und sich auf Grund auch noch einer Reihe anderer Maßnahmen zum passiven Widerstand gegen Frankreich entschlossen. Diese Politik ist natürlich Wasser auf die Mühlen der französischen Militaristen. Selbstverständlich werden sie nunmehr nicht nur das ganze Ruhrgebiet besetzen, sondern auch zu sonstigen verschärften Repressalien und sehr wahrscheinlich auch zur weiteren Besetzung Deutschlands übergehen. Vor allem werden sie sich die Ruhrkohle selbst nehmen, das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland abschneiden und damit den wirtschaftlichen Verfall in Deutschland ungeheuer beschleunigen. Neue Geldentwertung, maßlose Preissteigerung und Arbeitslosigkeit werden die Lage der deutschen Arbeiterschaft noch tiefer als bisher herabdrücken. Durch diese Katastrophenpolitik der Regierung Cuno wird die deutsche Arbeiterschaft tatsächlich in den Abgrund hineingeführt.

Auch sonst ist die Lage gewitterschwanger. Litauen bemächtigt sich eines Teiles des Memelgebietes, und auch Polen wartet nur auf eine günstige Gelegenheit. Der Nationalismus in Deutschland wird zu einer ernsten Gefahr. Wie lange England der ungeheuren Machterweiterung Frankreichs untätig zusehen wird, ist noch nicht abzusehen.

In dieser ernsten Stunde ruft die Exekutive der Kommunistischen Internationale zu einem ernsten Abwehrkampf gegen die Kriegsgefahr auf. Ein Telegramm aus Moskau beauftragt die deutsche und französische Kommunistische Partei und die Roten Gewerkschaften Frankreichs, sofort an die 2. Sozialistische Internationale und an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale heranzutreten, um sofort einen gemeinsamen proletarischen Kampf gegen die Kriegsgefahr einzuleiten. Die Führer der reformistischen Internationale haben bekanntlich erst vor wenigen Wochen im Haag auf der sogenannten Friedenskonferenz beschlossen, gegen irgend welche Kriegsgefahr eines Landes mit dem Generalstreik der Arbeiterklasse zu antworten. Die Stunde ist da, wo diese Führer ihre Worte wahr machen müßten, wenn sie ihre Beschlüsse ernst nehmen würden. Gegen den imperialistischen militärischen Gewaltakt, den die französische Bourgeoisie in diesen Tagen im Ruhrgebiet unternimmt, gegen die katastrophale Politik der deutschen kapitalistischen Cuno-Regierung, gegen die ungeheure Gefahr, die sich aus diesem Konflikt ergibt, müßte das gesamte europäische Proletariat wie ein Mann aufstehen und sich mit allen Kräften in entscheidenden Massenaktionen dagegen aufbäumen. Die Kommunistische Internationale macht den ernsten Vorschlag eines gemeinsamen Abwehrkampfes keineswegs etwa aus besonderem Vertrauen zu den Führern der 2. Internationale, sondern um den ungeheuren proletarischen Massen, die noch hinter diesen Führern stehen, ihre Aufgabe als proletarische Klasse in der jetzigen Situation zu zeigen, und sie, wenn irgend möglich, für den proletarischen Abwehrkampf zu gewinnen.

Das französische, belgische, englische, italienische, tschechische, polnische und deutsche Proletariat müßte sich in dieser Stunde zu einem großen brüderlichen Kampfe gegen den französischen Imperialismus und den deutschen Kapitalismus, gegen die ungeheure Gefahr eines neuen Krieges in Mitteleuropa, zusammenfinden. Und die Parteien der 2. Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaften hätten die Kraft zu einem solchen Kampfe, wenn sie nur den Willen dafür zeigten. Was sehen wir statt dessen? Die französischen Sozialisten beschränken sich auf einige Protestversammlungen und lehnen einen ernsten proletarischen Kampf mit den Kommunisten und den revolutionären Gewerkschaften ab; die belgische Arbeiterpartei beschränkt sich sogar nur auf eine Papierresolution ihres Nationalrates, obwohl auch belgische Soldaten mit in das Ruhrgebiet einziehen. Von einem wirklich entscheidenden Kampfe und Drucke der großen englischen Labour Party hören wir nichts. Die italienischen Sozialdemokraten sind die Helfershelfer Mussolinis. Von den tschechischen und polnischen Sozialisten und Reformisten wollen wir erst gar nicht sprechen. So sieht die internationale Solidarität der Zweiten „Internationale" aus. Bei der ersten ernsten Situation zeigt sie nur zu drastisch, daß sie wirklich nur eine Internationale der Phrase und nicht eine Internationale der Tat ist, zeigen ihre Führer wiederum, was sie immer gesagt haben, daß sie in der „Stunde der Gefahr" ihr Vaterland, d. h. ihre Bourgeoisie, nicht im Stiche lassen. In diesem Bunde steht leider wiederum in erster Reihe auch mit die deutsche Sozialdemokratie. Anstatt sich endlich

Die Proleten bringen 80% aller direkten Steuern durch den Lohnabzug auf. — Die Regierungen schenkten den Kohlenmagnaten 400 Milliarden Mark Steuern. Wie lange noch werden die Proletarier diese Mißwirtschaft dulden?

In patriotischer Aufwallung ist das Kohlensyndikat nach Hamburg verzogen. Eine Tat, die gesehen werden soll. Aber auch eine Tat, deren wahrer Charakter enthüllt werden muß. Es scheint, daß die Furcht vor der Enthüllung dieser patriotischen Uebersiedlung Herrn Stinnes veranlaßte, Herrn Lensch den Befehl zu geben, über die Kohlenbarone Heldenlieder zu singen. Herr Lensch sang sie im gestrigen Abendblatt der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Ein schwerer und kühner Entschluß sei die Verlegung des Syndikats. Von großen Gefahren „natürlich mehr für die Unternehmer als für die Arbeiter", sei er begleitet. Denn „der Besitz werde der Rache des Feindes ausgeliefert."

Mit der Verlegung des Kohlensyndikats sind auch gewisse Akten verlegt worden. Zum Beispiel gewisse Akten über die Kohlensteuer. Diese beträgt 40 Prozent. **Jeder Arbeiter, der Kohle zum Heizen und zum Kochen kauft, zahlt mit dem Kohlenpreis 40 Prozent Kohlensteuer.** Das Kohlensyndikat rechnet bei der Preisfestsetzung der Kohle diese 40 Prozent Steuern ein und soll diese Steuern an die Regierung abliefern.

Aber seit August hat das Kohlensyndikat keinen Pfennig Kohlensteuer abgeliefert. Die Wirth-Regierung, deren Wirtschaftsminister der Sozialdemokrat Robert Schmidt war, stundete den Kohlenbaronen die Ablieferung. Und die Regierung Cuno, die jetzt den Kohlenbaronen zur „Flüssigmachung von Betriebsmitteln" eine 67prozentige Erhöhung der Kohlenpreise bewilligte, setzte natürlich diese Politik fort. Ungefähr 40 Milliarden Mark haben die Kohlenbarone an nicht abgelieferten Steuern bisher (!) zurückbehalten.

Nach dem heutigen Dollarkurs von 17 000 Mark beträgt diese Summe, die die Kohlenbarone an Steuern einzahlen sollen, bereits 440 Milliarden Mark!

Die Kapitalisten denken nicht daran, irgendwelche Steuern zu zahlen. Die Regierungen, auch die, in der ein Sozialdemokrat Schmidt Wirtschaftsminister war, begünstigte dieses Treiben und erpreßten aus dem Proletariat alle Summen, die sie benötigten. Auf direktem Wege werden von den Proleten 80 Prozent aller Steuern aufgebracht, die restlichen 20 Prozent auf indirektem Wege — durch die Umsatzsteuer, die wiederum restlos auf das Proletariat abgewälzt wird. Das ist die „Wiederaufbaupolitik"! ...

Wenn also das Kohlensyndikat sich mit den Akten nach Hamburg flüchtete, so wird es gewußt haben, warum! Ja, ja, die patriotische Aufwallung!

In der Tat, es wäre peinlich, wenn den Franzosen die Akten des Syndikats in Essen in die Hände gefallen wären. Es wäre peinlich, wenn sie die Akten darüber veröffentlichen würden. Die Arbeiter Deutschlands würden aus diesem Beispiel zu deutlich sehen, daß der Feind im eigenen Lande steht. In Hamburg, so schien es der Regierung und den Kohlenbaronen, liegt das Geheimnis der Kohlensteuer besser begraben.

Die Regierung der Bourgeoisie preßt unter dem Vorwand der Erfüllungspolitik dem Proletariat Milliarden über Milliarden Steuern heraus. Die Kohlenbarone verlangen von ihrer Regierung, daß ihnen, die keine Steuer zahlen, obendrein noch die Lohnmilliarden des Proletariats zur Verfügung gestellt werden. Die Kohlenbarone bekommen die Erfüllungsmilliarden und die französischen Imperialisten das Ruhrgebiet. Die Bourgeoisie bestiehlt und betrügt das Proletariat und verschuldet die Besetzung des wichtigsten deutschen Wirtschaftsgebiets. Und die Regierung Cuno — nun, die Regierung Cuno ist die Regierung dieser Bourgeoisie.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die Parteien des Proletariats zur Aktion des Generalstreiks, zum Sturze der Regierung Cuno, aufgerufen. Sie erklärt den Arbeitern:

Die Führer der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften wollen keinen Kampf.
Sie stehen an der Seite der Regierung Cuno.

Die Arbeiter dürfen sich nicht damit abfinden. Sie müssen entweder ihre Führer zum Kampfe zwingen, oder über die Köpfe der Führer hinweg sich der Kommunistischen Partei anschließen.

Von den in der VSPD., von den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten hängt es ab, ob es der Regierung Cuno möglich sein wird,

die ungeheuren Lasten der Nichterfüllungspolitik

auf die Arbeiter abzuwälzen, so wie die ungeheuren Lasten der Erfüllungspolitik auf das Proletariat abgewälzt wurden.

Von diesem Kampfwillen hängt es ab, ob die Regierung Cuno von den Arbeitern zum Rücktritt gezwungen wird und ob eine Arbeiter-Regierung bestimmt, was in Deutschland zu geschehen hat.

auf ihre Pflichten gegenüber dem Proletariat zu besinnen, anstatt endlich die verhängnisvollen Fehler ihrer Koalitionspolitik und der kapitalistischen Erfüllungspolitik einzusehen, lehnt sie auch jetzt wiederum den ernsten Kampfvorschlag der Kommunisten gegen die Ruhrbesetzung und gegen die kapitalistische Regierung Cuno ab und stellt sich, wie seit dem August 1914, an die Seite der Bourgeoisie und macht, wenn auch verschämt, die nationale Einheitsfront mit und praktiziert den Burgfrieden mit der deutschen Bourgeoisie. Der Führer ihrer Fraktion, Hermann Müller, erklärt, daß sich die Sozialdemokratie in dieser Stunde hinter die Regierung Cuno stellt und deren Maßnahmen ausdrücklich billige. Und in ganz Deutschland sehen wir die sozialdemokratischen Führer wieder Arm in Arm mit der Bourgeoisie, fast überall einheitliche nationale Protestkundgebungen gegen Frankreich. Die sozialdemokratischen Führer, die die Interessen des deutschen Proletariats seit Kriegsausbruch immer und immer wieder mit Füßen getreten haben, begehen mit ihrer jetzigen Politik erneut auch einen ernsten Schlag gegen das internationale Proletariat. Wir sind überzeugt, daß Tausende und aber Tausende der sozialdemokratischen Arbeiter in allen Ländern die Politik ihrer Führer nicht mitmachen werden, daß ihnen jetzt, wo sie sich zum ersten Male einer ernsten Kriegsgefahr gegenüber sehen, über die Politik ihrer Führer die Augen aufgehen werden und daß unzählige dieser sozialdemokratischen Klassengenossen so denken wie der rechtssozialistische Arbeiter im Kieler Kreistage, der laut gegen den nationalen Rummel seiner sozialdemokratischen Fraktion protestierte und ausrief: Die Demonstrationen der deutschen Bourgeoisie kämen ihm vor, als wenn ein Straßenräuber dagegen protestiert, daß ihn ein anderer Straßenräuber an der Gurgel packt, oder als ob eine Dirne gegen ihre Vergewaltigung protestiere. Diese erbitterte Stimmung vieler sozialdemokratischer Arbeiter kam zum Ausdruck auch in der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Reichstag. Manchem der sozialdemokratischen Abgeordneten war es doch in dieser nationalen Einheitsfront mit Stinnes und Cuno etwas unbehaglich zu Mute, und ein Rest ihres proletarischen und internationalen Pflichtgefühls führte dann auch zur völligen Auflösung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Während die Mehrheit der Fraktion für das Vertrauensvotum für die Regierung Cuno stimmte, enthielt sich ein großer Teil der Abgeordneten überhaupt der Stimmabgabe, während 16 andere einen Zettel abgaben mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie sich der Stimme enthielten. So waren es nur die Kommunisten, die der kapitalistischen Cuno-Regierung im Deutschen Reichstage laut und deutlich den proletarischen Klassenkampf ankündigten und ihn auch durch ihre Abstimmung manifestierten, so wie es in Frankreich ebenfalls nur die Kommunisten sind, die einen ernsten Kampf gegen den französischen Militarismus aufnehmen und dafür in die Kerker geworfen werden, weil sie in Frankreich den Ruf Karl Liebknechts aufnehmen: Krieg dem imperialistischen Krieg!

Die Kommunistische Internationale erwartet von allen Arbeitern, Angestellten, Beamten, Bauern und Soldaten, auch von den sozialistischen, daß sie jetzt in ganz Europa den Kampf gegen den Krieg der Kapitalisten aufnehmen, daß sich alle Ausgebeuteten gegen alle Ausbeuter, alle Proletarier gegen die Bourgeoisie zusammen finden.

Deshalb der Schritt der Kommunistischen Internationale, deshalb trotz allen Mißtrauens gegen die reformistischen Führer noch einmal der ernste Ruf zum gemeinsamen proletarischen Kampf. Das Proletariat Europas hat die Wahl: entweder mit der nationalen Bourgeoisie, in nationaler Einheitsfront zusammen, dem neuen kapitalistischen Kriege, dem neuen furchtbaren imperialistischen Konflikt und Zusammenbruch Mitteleuropas entgegen, oder aber gemeinsam mit den Arbeitern aller Länder unerbittlicher Klassenkampf, rücksichtsloser Kampf und Krieg gegen das internationale Kapital. Die Kommunistische Internationale ist auf dem Posten, sie ist kampfentschlossen und kampfbereit. Die Zweite Internationale und die Amsterdamer haben des Wort.

Das Durcheinander in der VSPD.

Die Vereinigung von Nürnberg sollte dem Proletariat Machtzuwachs bringen. Sie hat den Kräften aber Niederlagen, der Arbeiterklasse Zuversicht mit der Zersetzung Deutschlands gebracht. Sie hat Zeit, daß jeder wirklichen Kampf der Vereinigten gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung ausweichenden Tänzchen der Führer dahin geführt, daß am Sonnabend in offener Reichstagssitzung die angeblich vereinigte VSPD in drei Teile auseinanderbrach.

In ihrer Sitzung vom Freitag hatte die Reichstagsfraktion der VSPD mit 60 zu 55 Stimmen beschlossen, dem vom Bürgerblock eingebrachten Vertrauensvotum zuzustimmen. Mit nur fünf Stimmen Mehrheit also hat die Fraktion sich an der Regierung des Stinnesprogramms gestellt, von der heute schon feststeht, daß sie dank ihrer imperialistischen „Erfüllungspolitik" in den Konflikt mit dem französischen Imperialismus unbedingt so leichtherzig hineingetaumelt ist, wie die Bethmannregierung in den Weltkrieg.

Als dann in feierlicher Form die Probe auf die Mehrheitslage der Einheitsfront vom 4. August gemacht werden sollte, da zerfiel die Einheit der Fraktion.

61 mächtige Burgfriedenspolitiker stimmten mit Ja für Cuno,

unter ihnen auch Löbe!

Von der Abstimmung haben sich, indem sie den Sitzungssaal verließen, 26 VSPD-Helden gedrückt, meist ehemalige Unabhängige, die angeblich die Partei radikalisieren wollten.

14 schwankende Gestalten haben sich, da sie weder ja noch nein zu sagen wagten, der Abstimmung enthalten.

Ein Kläglicheres als diese Partei im entscheidender Stunde, als es Stellung zu nehmen galt für den Bürgerblock der imperialistischen Koalition oder für das Proletariat, hat die VSPD kaum je im Kriege geboten. Wels, der eine Parteivorsitzende, will mit ausgebreiteten Armen die aus dem Sitzungssaal Flüchtenden zurückhalten, damit sie für Cuno stimmen. Hermann Müller, der andere Vorsitzende, flüchtet

Kriegsgefahr in ganz Europa.

Memel, Ostpreußen.

Der Vorstoß Poincares ins Ruhrgebiet gab den Litauern das Signal zum Einbruch in das Memelgebiet, das unter französischer Kontrolle steht. Die litauischen Faszistenverbände des „Eisernen Wolfes" haben die Grenze überrannt und sind bereits über die Stadt Memel hinaus vorgedrungen. Die französischen Besatzungstruppen haben keinen Widerstand geleistet. Dafür haben deutsche Reichswehrformationen die Memelbrücke bei Tilsit besetzt. In ganz Ostpreußen rufen die Junker zur Landesverteidigung auf und mobilisieren den monarchistischen „Heimatschutz". Als dritter Faktor tritt Polen hinzu. Die Warschauer Presse bezeichnet den litauischen Einfall als ernste Bedrohung. Es kommt hinzu, daß sich auch im Wilnagebiet Zusammenstöße zwischen litauischen und polnischen Freischärlern vorbereiten. Die Litauer haben offenbar spontan losgeschlagen; sie rechnen auf die Unterstützung des englischen Imperialismus, der große Kapitalien in Litauen investierte. Die französischen Militaristen haben nicht den geringsten Anlaß, das deutsche Memelgebiet gegen Litauen zu verteidigen. Sie werden aber auch ihren polnischen Verbündeten nicht zugunsten Litauens fallen lassen. So bleibt als Antwort Poincares auf die Ereignisse im Memelgebiet nur die Ermunterung und Ermutigung Polens, sich seinerseits durch neue Angriffe auf Deutschland für die Stärkung Litauens schadlos zu halten.

Ungarn, Italien, Kleine Entente.

In der ungarischen Frage ist eine erneute Zuspitzung eingetreten. Die Horthy-Regierung hat ein sogenanntes „Ordnungsgesetz" eingebracht, das nichts anderes ist als ein versteckter Mobilmachungsplan aller 18- bis 32jährigen. Eine faszistische Armee von etwa 300 000 Mann unter Führung erprobter Blutoffiziere steht bereit. Zwischen dem faszistischen Italien und Ungarn bestehen geheime Beziehungen. Ein reger Waffenschmuggel hat zwischen den beiden Ländern stattgefunden. In Ungarn selbst wird, wie die tschechischen Blätter melden, Tag und Nacht Munition erzeugt. Horthy konzentriert Truppen an der jugoslawischen und rumänischen Grenze. Auch an der slowakischen Grenze herrscht starke Beunruhigung. Gewaltsame Erkundigungsversuche ungarischer Grenztruppen haben bereits zu bewaffneten Zusammenstößen mit den Rumänen geführt. Rumänien hat darauf eine Teilmobilisation begonnen und den Belagerungszustand über Transsylvanien proklamiert. Die Botschafter der Kleinen Entente haben der ungarischen Regierung eine Note übergeben, worin die sofortige Einstellung der Rüstungen und die Auflösung der Faszistenorganisation verlangt, im Falle der Nichterfüllung die Anwendung von Waffengewalt angedroht wird. Die Horthy-Regierung setzt inzwischen, der Unterstützung Frankreichs und Italiens gewiß, ihre Rüstungen mit verstärktem Eifer fort. Das bedeutet die Kriegsgefahr für Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei.

Der Balkankrieg.

Inzwischen sind auf dem Balkan die Gewehre bereits entsichert. Aus Athen wird gemeldet, daß die „revolutionäre" griechische Offiziersregierung, nachdem sie die alten Minister erschießen und die kommunistischen Führer einkerkern ließ, den Befehl zum Vormarsch nach Thrazien gegeben hat. Griechische Freischärler, Faszisten und reguläre Truppen sollen die türkischen Stellungen stürmen und das verlorene Thrazien zurückerobern. Der offensichtliche Bankrott der Konferenz von Lausanne gibt den griechischen Nationalisten die Gelegenheit zum Putsch. Es kommt noch ein anderer Grund hinzu: So wie hinter Polen und Ungarn der französische Imperialismus steht, werden die griechischen Nationalisten vom englischen Großkapital bezahlt und gestützt. Die griechische Offensive wird von dem bekannten englisch-griechischen Finanzmann Sir Basil Zaharoff finanziert.

Das siegreiche türkische Volk ist nicht gewillt, Thrazien den griechischen Banden auszuliefern. Die türkischen Regimenter sind bereit, mit der Waffe in der Hand die Söldner der Londoner Börse zurückzuschlagen. Die Stellung der Türken hat sich auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz gebessert. Die Engländer haben in Mossul, dem Zentrum der mesopotamischen Petroleumfelder, eine schwere Schlappe durch die Aufständischen erlitten.

Der Schwerpunkt liegt in Deutschland.

So ist das bürgerliche Europa von der Ostsee bis zur Donau, von der Ruhr bis zu den Dardanellen ein einziger rauchender Vulkan. Die kapitalistischen Regierungen sehen die Katastrophe kommen, aber sie sind machtlos, ihr entgegenzutreten. Ihre letzten Hilfsmittel sind Arbeiterverfolgungen, Rüstungsvorschläge und Marschbefehle.

Die Aussichten für Kompromißversuche werden immer hoffnungsloser. Die Pariser Konferenz ist gescheitert — und im Ruhrgebiet rasseln die Säbel. Lausanne blieb erfolglos — und in Thrazien marschieren die Bataillone.

Am kläglichsten und ohnmächtigsten steht in dieser Lage die deutsche Bourgeoisie da. Geschlagen und entwaffnet schwankt sie ratlos zwischen Kriegshetze und Hochverrat, zwischen Trauersonntag und Kapitulation.

Der Schwerpunkt der internationalen Kriegskonstellation liegt aber heute in Deutschland. Von der Entwicklung in Deutschland hängt es ab, ob der neue Weltkrieg losbrechen oder verhindert werden soll. Es gibt nur eine einzige Macht in Deutschland, die der Lage Herr werden könnte. Das ist die Arbeiterklasse. Sie muß jetzt die Zügel ergreifen, wenn sie sich von der bürgerlichen Regierung nicht in den Abgrund schleifen lassen will. Die Arbeiterklasse muß die Kriegsbestie bändigen. Die bürgerlichen Kabinette müssen fort. Eine Arbeiterregierung muß im Bündnis mit Sowjetrußland Frieden und Brot schaffen.

---

selbst mit [illegible] nachdem er in der Frage [illegible] gegen [illegible] weil man [illegible] das Wort abgeschnitten hat, der [illegible] Reichskanzler und Außenminister machte im Augenblick [illegible] Entscheidung [illegible] Volk der verzweifelten Verzweiflung.

Für [illegible] der VSPD die letzte [illegible] Hoffnung auf die VSPD, gegen [illegible] die von der Verzweiflung ein Ende der unerträglich [illegible] und Burgfriedenspolitik erwarten könnten, [illegible] und diesen letzten Streich ihrer Reichsregierung unmöglich machen, sollte nur noch Enthüllungen im parlamentarischen Spiel [illegible] führen sind. Wenn die Arbeiter der VSPD jetzt nicht endlich begreifen, daß es gilt, den Willen der Massen zum entscheidenden Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie [illegible] **für die Arbeiterregierung** durchzusetzen, dann wird die VSPD bald nur noch ein Trümmerhaufen sein.

Reinfall der Kölner Gewerkschaftsnationalisten.

In einer Betriebsversammlung der Kölner Betriebe die am 12. Januar stattfand, wollten die braven Gewerkschaftsführer die Betriebsräte von den Fesseln des Internationalismus befreien. Einer der Gewerkschaftsführer hielt eine nationalistische Rede, die die nationale Einheitsfront forderte und legte eine Resolution vor. Genosse Koch hielt ein Referat über die internationalen Zusammenhänge der besetzten Gebiete und zeigte, daß der Kampf gegen den französischen Imperialismus nicht geführt werden könne durch eine nationale Einheitsfront, sondern daß jede Verbindung mit der Bourgeoisie gegen den deutschen Kapitalismus. Die Gewerkschaftsführer wollten, daß ihre Resolution gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde. Es kam sogar im Betrieb des Herrn Stollwerck zu Betriebsräten von Herrn Stollwerck um den Stinnesfront abzuhalten. Freilich hätte Stinnes hereinkommen müssen und nicht nur eine Diskussion mit den anderen Kapitalisten vorschlagen sollen, den einzigen Ausweg gegen [illegible] den energischen Kampf gegen den deutschen Kapitalismus in breiter Einheitsfront.

Der 10. Allrussische Rätekongreß an alle Völker der Welt.

Der 10. Allrussische Rätekongreß, das oberste gesetzgebende Organ der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik, gibt im Namen von Millionen Proletariern und Bauern ihrem Willen zum Frieden und zu friedlicher Arbeit von neuem feierlich Ausdruck.

Die Arbeiter und Bauern der RSFSR erheben angesichts neuer drohender Kriegsgefahr des wilden Rüstungstanzes der kapitalistischen [illegible] gungen, der Schande des Versailler Vertrages und der kolonialen Machinationen der bürgerlichen Staaten nochmals ihre warnende Stimme.

Werktätige der Welt!

Alle, die Ihr friedliche Arbeit wünscht, vereinigt Eure Kraft mit der Kraft Sowjet-Rußlands, um den Frieden zu sichern, um die Menschheit vor unerhörten Vernichtungskriegen zu behüten.

Die Sowjetmacht, die aus einer Revolution hervorging, begann ihre Tätigkeit im Jahre 1917 mit der Aufforderung zu einem gerechten allgemeinen Friedensschluß. Seit dieser Zeit betonte sie ständig diese Grundlinie ihrer Außenpolitik. Sie wandte sich im Jahre 1919 mit einem Friedensantrag an die Vereinigten Staaten. Sie schlug im Februar 1919, als Truppen der „Großmächte" sich in unserem revolutionären Lande herumtrieben, vor, mit allen „Verbündeten" Friedensverhandlungen zu beginnen. Sie trat an Polen und Rumänien öfters mit einem Friedensantrag heran. In Genua beantragten Sowjetrußland und seine Verbündeten die allgemeine Abrüstung. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, versuchte die Regierung des Proletariats die Abrüstungspolitik, wenn auch nur in der beschränkten Sphäre der zu Sowjetrußland am nächsten gelegenen Staaten durchzuführen, um den Kreis der sich Abrüstenden allmählich auszudehnen. Aber auch diese Initiative wurde durch die Weigerung der Nachbarn Rußlands, auf eine wirkliche Einschränkung ihrer Armeen einzugehen, vereitelt.

Trotz alledem betrat Sowjet-Rußland allein den Weg der Abrüstung und verminderte in einer kurzen Zeit seine Armee von 5 Millionen auf 800 000 und setzt die Abrüstung fort, indem es seine Armee bis auf 600 000 Mann reduziert. Es bewies damit seinen Friedenswillen mit Taten. Nicht mit Worten, nicht mit Resolutionen, nicht mit Versprechungen, sondern mit Taten.

Heute, wo die Völker unter den Folgen des imperialistischen Krieges verkümmern, wo die größte Oekonomie der materiellen Mittel notwendig ist, ist die Politik der bürgerlichen Regierungen in doppeltem Maße verbrecherisch, indem sie die Verelendung der breiten Volksmassen dem Frieden und der friedlichen Arbeit vorziehen.

Der 10. Rätekongreß bestätigt feierlich Sowjetrußlands bisherige Friedenspolitik und fordert jeden zur Unterstützung dieser Politik auf. Alle Völker müssen von ihren Regierungen den Frieden fordern. Die Sache des Friedens ist in den Händen der Völker selbst. Um die Gefahr drohender Kriege abzuwehren, müssen die Werktätigen der ganzen Welt ihre Kräfte vereinigen. Der gequälten und geplagten, ausgesaugten und hungernden Menschheit muß der Friede um jeden Preis gesichert werden.

Vorsitzender des 10. Rätekongresses: M. Kalinin.
Sekretär des 10. Rätekongresses: A. Enukidze.

Schlesische Rundschau.

Wie ein Schlichtungsausschuß aussieht.

Nochmals die Zustände im Sanatorium Dr. Schoen, Reinerz.

Mehrere Male brachten wir bereits Nachrichten über die skandalösen Verhältnisse, die im Sanatorium Dr. Schoen, Reinerz, herrschen. Wir berichteten von dem erbitterten Kampf des dort beschäftigten Personals gegen die Direktion um Anerkennung des Betriebsrates. Die Direktion steht starr und steif auf dem alten Herrenstandpunkt von anno dazumal und kümmert sich nicht um die neuen Gesetze. „Bei uns ist kein Betriebsrat nötig" erklärt Frau Dr. Schoen kategorisch. Das Personal ist jedoch anderer Meinung. Es hat den Kampf gegen die Direktion geschlossen aufgenommen und führt ihn erbittert durch. Auf Grund der Nichtanerkennung des Betriebsrates und auch zufolge ausgesprochener Kündigungen wandte sich der Betriebsrat an den Schlichtungsausschuß in Glatz. Von diesem erhielt er nachstehenden Bescheid:

Der Vorsitzende
des Schlichtungsausschusses. Glatz, 7. Januar 1923.

An Herrn Doktor Kaisenberg,
Hausarzt im Sanatorium Reinerz, Dr. Schoen, Reinerz.
Reinerz.

Auf Ihr Schreiben vom 4. Januar 1923, welches Sie und zwei Angestellte des Sanatoriums Reinerz, Dr. Schön, zu Reinerz, hierher gesandt haben, erwidere ich ergebenst unter Bezugnahme auf die persönliche Rücksprache am 5. d. Mts., daß die Wahl der dortigen Arbeitnehmervertretung in wesentlichen Punkten nicht den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes und der dazu erlassenen Wahlordnung entspricht und daher zweifellos ungültig ist. Ein ordnungsmäßig gewählter Betriebsrat ist somit bisher **nicht** vorhanden. Die in Ihrem Schreiben bezeichneten Betriebsratsmitglieder sind demnach bisher auch nicht befugt, die Funktionen eines Betriebsrates auszuüben. **Die Leitung des Sanatorium**, mit welcher am 6. d. Mts. ebenfalls eine Aussprache stattfand, **vertritt ferner den Standpunkt, daß die Wahl eines Betriebsrates in dem dortigen Sanatorium überhaupt nicht erforderlich ist.** Zur Klärung der Angelegenheit wird daher vor Vornahme einer neuen Wahl eine Entscheidung der im § 93 des Betriebsrätegesetzes vorgesehenen Stelle (Bezirkswirtschaftsrat) herbeigeführt werden müssen, ob ein Betriebsrat in dem Sanatorium gewählt werden muß oder nicht. Die Aufgaben der bisher noch nicht errichteten Bezirkswirtschaftsräte sind bei Betrieben, die unter die Bestimmungen des Titel VII der Gewerbeordnung fallen, oder sonst zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Handel und Gewerbe gehören, dem Gewerbeaufsichtsbeamten bezw. Bergrevierbeamten, in allen übrigen Betrieben usw. dem Bezirksausschuß übertragen. Im vorliegenden Falle dürfte nicht der Gewerbeaufsichtsbeamte, sondern der Bezirksausschuß zuständig sein.

Was ferner die Kündigung der drei genannten Personen anbelangt, so kann hier § 96 des Betriebsrätegesetzes nicht Anwendung finden, da ein ordnungsmäßig gewählter Betriebsrat bisher nicht besteht. Ebenfalls aus dem gleichen Grunde ist es sehr zweifelhaft, ob ein Einspruch auf Grund § 84 des Betriebsrätegesetzes möglich ist. Die Entscheidung der Schlichtungsausschüsse sowie auch der ordentlichen Gerichte sind hierüber nicht einheitlich. Ich halte im vorliegenden Falle, sofern eine dauernde Weiterbeschäftigung aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht in Frage kommen sollte, eine Verständigung über eine etwaige anderweitige Festsetzung des Zeitpunktes, an dem das Arbeitsverhältnis endgültig gelöst wird, für angebracht und empfehle, dieserhalb an die Leitung des Sanatoriums heranzutreten. Die eingesandten 4 Kündigungsschreiben werden in der Anlage wieder beigefügt. Eine Abschrift dieses Schreibens ist an die Leitung des Sanatoriums gesandt worden.

gez. Unleserlich.
Gewerberat.

So nur wünschen sich die Unternehmer die Schlichtungsausschüsse! In jedem Punkte stellt sich der Schlichtungsausschuß Glatz hinter die reaktionäre Direktion und gegen das Personal. In der Frage der Anerkennung des Betriebsrates hat die Direktion vorläufig Recht erhalten. Oder vielmehr, das Recht ist mit Füßen getreten worden und die Unternehmerwillkür der Direktion triumphiert. Für den Glatzer Gewerberat war der Standpunkt der Direktion maßgebend, „daß die Wahl eines Betriebsrats im dortigen Sanatorium nicht erforderlich sei." Das Personal hat aber gerade aus der Willkür der Direktion erkannt, daß ein Betriebsrat sehr erforderlich ist. Wenn die im Sanatorium Dr. Schoen Beschäftigten den Kampf um Anerkennung des Betriebsrats weiter so geschlossen und unerbittlich führen wie bisher, dann werden sie den starren Nacken der Direktion auch beugen können.

Noch kennzeichnender ist die Stellungnahme des Glatzer Gewerberates zur Frage der Entlassungen. Er will die Angestellten des Sanatoriums gar zu einem Canossagang zur Direktion bewegen, damit sich diese gütigst zu einer Verständigung über endgültige Lösung des Arbeitsverhältnisses bereit erklärt. Diese Stellungnahme des Gewerberates, die mehr als parteiisch genannt werden kann, festigt das Gerücht, daß der betreffende Gewerberat einn persönlicher Freund des Dr. Schoen ist. Sonst würde wohl auch nicht so skrupellos gegen das Personal vorgegangen werden. Demgegenüber muß das Personal die Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen erzwingen.

Wir betonen nochmals, daß der Kampf des Personals des Sanatoriums Dr. Schoen, Reinerz, um den Betriebsrat ein berechtigter ist. Die Arbeiterschaft erwartet von den maßgebenden Behörden, daß sie endlich mithelfen, die republikanischen Gesetze gegenüber den Sabotage der Reaktionäre zur Durchführung zu bringen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Zu den Unterschlagungen der Streikgelder durch den ADGB.

Es wird berichtet, daß der Ortsausschuß des ADGB. Ludwigshafen Streikgelder in Empfang genommen, jedoch nicht abgeliefert hat. Wir richten hiermit an alle Genossen und Arbeiter die Aufforderung, sofort allerwärts nachzuprüfen, wohin ihre gezeichneten Beträge geschickt worden und bei Feststellung, daß dies an Ortskartelle des ADGB geschehen ist, das sofort der Zentral-Streikleitung mitzuteilen. Es ist anzunehmen, daß noch weitere Beträge an die Ortsausschüsse des ADGB. gingen, die nicht an die Streikenden abgeführt wurden. Die Adresse der Zentralstreikleitung ist: Pronaska, Lokal Rutsch, Ludwigshafen a. Rhein, Kurzestraße 4. Gelder dürfen nur an den Reichsausschuß der Betriebsräte, z. Hd. des Kollegen Börner, Berlin-Treptow, Elsenstraße 83, Postscheckkonto 140 042, Berlin N.-W. 7, geschickt werden.

Die Schlesischen Holzarbeiter als Almosenempfänger.

Das im Dezember abgeschlossene Lohnabkommen für das Holzgewerbe, Bezirk Schlesien, endete am 4. Januar. Es scheint, daß die weiteren Schritte für ein neues Lohnabkommen absichtlich verzögert wurden, denn erst am 11. Januar fanden Verhandlungen in Hirschberg statt. Wie bei allen früheren Verhandlungen zwischen beiden Kontrahenten, so ist auch diesmal stundenlang verhandelt und geschachert worden, wobei der leidtragende Teil, wie immer, die Arbeiter sind. Von einer Vertrauensmännerversammlung der Breslauer Holzarbeiter wurde beschlossen, einen Zuschlag von 100 Mark zum Stundenlohn zu fordern. In einer für Freitag, den 12. Januar einberufenen Mitgliederversammlung gab der Bevollmächtigte Kuntke den Verhandlungsbericht. Der Unternehmervorsitzende sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen im Geiste gegenseitigen Einvernehmens geführt werden mögen, um zu einem für beide Teile befriedigenden Resultat zu kommen. **Die Forderung von 100 Mark sei jedoch undiskutabel.** Auch eine Nachzahlung für die Lohnwoche vom 5.—12. Januar lehnten die Unternehmer aus nichtssagenden Gründen ab. Ein Vorschlag, mit 10 Mark beginnend in drei Raten bis Anfang Februar, wurde seitens der Arbeitervertreter abgelehnt. Die Verhandlungen waren somit auf einem toten Gleise angelangt und die Arbeitervertreter rüsteten zur Abreise. In dieser Situation machten die Unternehmer einen letzten Vorschlag, und zwar ab 15. bis 19. Januar 35 Mark, und ab 20. bis 31. nochmals 35 Mark. Nun stand die Frage: Soll das Angebot angenommen werden, soll der Schlichtungsausschuß entscheiden, oder soll ein Schiedsgericht eingesetzt werden? Die Verhandlungskommission kam zu dem Entschluß, das Angebot anzunehmen. Mit dem Schlichtungsausschuß sind schon trübe Erfahrungen gemacht worden und ein unparteiisches Schiedsgericht ließe sich nicht so schnell, wie notwendig, zusammenstellen.

In der sich anschließenden Aussprache sprachen sich sämtliche Redner scharf gegen diesen mageren Vergleich aus. Die Kommission habe die Forderung nicht energisch genug vertreten, die Zulagen seien durch die steigende Teuerungswelle längst überholt. Wenn ein anderes Resultat nicht zu erzielen war, so hätte durch Streik die Lage geklärt werden müssen. Der Vertrauensmann eines Betriebes erklärte, daß er den Kollegen empfehlen werde, am Montag in den Streik zu treten. Da erhob sich als schwankendes Rohr ein Mitglied des Gauvorstandes, Kollege B., und erklärte, daß er an sich nicht gegen den Streik sei, wenn dieser auf ganz Schlesien ausgedehnt würde. Aber an diesem Abkommen lasse sich nichts mehr ändern. Wenn die Kollegen zum Streik greifen, sei es eben ein „wilder Streik". Im weiteren verteidigt er seine eingebrachte nichtssagende Resolution, die von den Kollegen — wie die Abstimmung ergab — gar nicht ernst genommen wurde. Etliche Hände erhoben sich dafür und noch weniger dagegen. Die größte Zahl enthielt sich der Abstimmung. Kollege Kuntke wandte sich dann in seinem Schlußwort gegen die persönlichen Angriffe. Sachlich berechtigt sei die Kritik, denn auch er fühle mit den Kollegen. Der Abschluß befriedige ihn keinesfalls, aber im ganzen Reiche zeige sich, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, die berechtigten Forderungen zu erfüllen. Die politische Lage sei ungewiß, und man kann nicht voraussehen, wie sich die Ruhrbesetzung wirtschaftlich auswirken wird. Hierzu ist zu bemerken, daß über den Zahlstellenverwaltungen der Gauvorstand steht. Der Bevollmächtigte kann nicht nach seinem besten Ermessen entscheiden. Im Gauvorstand Schlesien ist die prominenteste Person ein eifriger Vertreter der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Und im Zeichen der Klassenharmonie und des Wirtschaftsfriedens können die Arbeiter zu angemessenen Bezahlung niemals gelangen. Sie müssen, wollen sie genug zum Leben verdienen, mit dieser Politik brechen und revolutionären Klassenkampf führen.

Die Stinnesrepublik zieht bei den Landarbeitern die Steuerschraube an!

„Der Landbote", das Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, Bezirk Schlesien, schreibt in seiner Nummer vom 7. Januar 1923 folgendes:

„Nach den Festsetzungen des Landesfinanzamtes ist der Wert des Normaldeputats der Landarbeiter auf rund 390 000 Mark festgesetzt worden. Hierzu käme der Barlohn von 91 104 Mark, so daß ein steuerbares Einkommen von rund 480 000 Mark in Frage kommt.

Da auf Grund der Neubewertung der Deputate durch das Finanzamt und der Barlöhne, die jetzt zugestanden wurden, das Einkommen eines Lohngärtners sich auf 9394,30 Mark wöchentlich beziffert, müßte er 939 Mark Steuern zahlen. Hiervon geht aber 576 Mark Aufwandsentschädigung ab, so daß er 363 Mark Steuern wöchentlich zu zahlen hätte.

Es geht also von dem wöchentlichen Barlohn von 1752 Mark ab für Kranken- und Invalidengeld 700 Mark, Lichtgeld 50 Mark, Steuern 363 Mark, insgesamt 1113 Mark. Daher beträgt der Barlohn des Landarbeiters trotz der zugestandenen Barlohnerhöhung nur noch

639 Mark."

Soweit der „Landbote". Wir sehen daraus, wie die deutsche Republik alle Lasten durch die Arbeiter tragen läßt, während die Arbeiter bei diesen genannten Wochenlöhnen verkommen. Dieses Geld reicht kaum aus, um ein halbes Pfund Margarine kaufen zu können. Wie sollen die Landproletarier die anderen wichtigen Ausgaben decken.

Es ist gut, daß der Landbote diese Aufstellung zur rechten Zeit bringt. Die Landarbeiter können gerade jetzt daraus lernen, daß sie mit anderen Mitteln vorgehen müssen, als wie es ihre Führer bisher ihnen befohlen haben.

Schon die Veröffentlichung des Reichsfinanzministers Hermes, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten mehr denn 72 Prozent der gesamten Einkommensteuer aufbrachten, wirkte

---

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

„Wie ist doch deine Schwester so streng!" sagte einmal Lunew zu Gawrik.

Gawrik blies seine Nase auf, riß die Augen weit auf, preßte die Lippen auseinander und gab so seinem Gesicht einen absichtlich karrikierten Ausdruck, der es dem seiner Schwester auffallend ähnlich machte. Dann erklärte er seinem Prinzipal lächelnd:

„So ist sie ... aber sie verstellt sich."

„Warum sollte sie sich verstellen?"

„So ... sie liebt es, sich zu verstellen! Auch ich kann jedes beliebige Gesicht nachmachen."

Ilja interessierte sich lebhaft für das Mädchen und wie früher von Tatjana Wlassjewna, so dachte er jetzt von dieser:

„Eine solche müßte ich heiraten ... die würde mich sicher mit der Seele lieben."

Eines Tages brachte sie ein dickes Buch mit und sagte zu ihrem Bruder:

„Da, lies ... Es ist sehr interessant."

„Was ist es denn? Darf ich's mir mal ansehen?" fragte Ilja höflich.

Sie nahm das Buch aus den Händen des Bruders, reichte es Lunew und sagte:

„Don Quixote ist's ... Die Geschichte eines wackeren Ritters."

„Ah! Von Rittern hab' ich auch viel gelesen", sprach Ilja mit liebenswürdigem Lächeln, indem er ihr ins Gesicht sah.

Ihre Augenbrauen zuckten, und sie sagte in beabsichtigt trockenem Tone:

„Sie haben Märchen gelesen — das hier aber ist ein schönes, verständiges Buch. Darin wird ein Mensch beschrieben, der sich der Verteidigung der Unglücklichen, von menschlicher Ungerechtigkeit Unterdrückten geweiht hat. Dieser Mensch war stets bereit, sein Leben für das Glück anderer zu opfern — verstehen Sie? Das Buch ist in komischem Ton gehalten — aber das verlangte der Geschmack der Zeit, in der es geschrieben ist. Man muß es mit Ernst lesen."

„So wollen wir's auch lesen", sagte Ilja.

Es war das erstemal, daß das Mädchen mit ihm sprach. Er empfand dabei eine ganz besondere Erregung und lächelte. Sie aber sah ihm ins Gesicht und sagte trocken:

„Ich glaube nicht, daß es Ihnen gefallen wird."

Und sie ging. Es schien Ilja, daß sie das Wort „Ihnen" besonders deutlich betont hatte. Das verletzte ihn, und er sagte zu Gawrik, der sich die Bilder in dem Buche besah:

„Na, jetzt ist keine Zeit zum Lesen."

„Es sind doch keine Kunden da!" versetzte Gawrik, ohne das Buch zu schließen.

Ilja sah ihn an und schwieg. In seiner Erinnerung klangen die Worte des Mädchens über das Buch nach. Und von ihr selbst dachte er mit Mißbehagen in seinem Herzen:

„Was für eine ... wichtige Person!"

21

Die Zeit floß dahin. Ilja stand hinter dem Ladentisch, drehte seinen Schnurrbart und verkaufte seine Ware, aber es schien ihm doch, daß die Tage gar zu langsam dahingingen. Bisweilen verspürte er den Wunsch, den Laden zu schließen und irgendwohin spazieren zu gehen. Doch wußte er, daß dies für sein Geschäft nicht gut sein würde, und so blieb er. Auch am Abend konnte er den Laden nicht verlassen. Gawrik hatte Angst, allein dazubleiben, und es war auch gefährlich, ihm das Geschäft anzuvertrauen. Er konnte leicht einen Brand stiften oder einen Spitzbuben einlassen. Das Geschäft ließ sich nicht übel an. Ilja dachte schon daran, einen Gehilfen anzunehmen. Sein Verhältnis zu Antonomonow hatte sich nach und nach von selbst gelockert, und Tatjana Wlassjewna schien damit ganz zufrieden. Sie grüßte kurz, wenn sie kam, und beschäftigte sich hauptsächlich mit einer sehr eingehenden Revision der Tageskasse. Wenn sie in Iljas Zimmer sitzend, mit den Kugeln der Rechenmaschine klapperte, fühlte er, daß dieses Weib mit dem Vogelgesicht ihm zuwider war. Bisweilen jedoch erschien sie bei ihm vergnügt und munter, scherzte, kokettierte mit ihren Augen und nannte Ilja ihren Kompagnon. Dann lieh er sich hinreißen, und es erneuerte sich wieder das, was er im stillen für sich eine „gesellschaftliche Gemeinheit" nannte.

Bisweilen kam auch Kirik in den Laden, pflanzte sich breit auf den Stuhl neben dem Ladentisch hin und spaßte mit den Näherinnen, die in den Laden kamen, um irgend etwas zu kaufen. Er hatte bereits seine Polizeiuniform ausgezogen, trug einen bequemen Zivilanzug und rühmte sich seiner Erfolge in der neuen Prokuristenstellung.

„Sechzig Rubel Gehalt und mindestens ebensoviel Nebenverdienst — das ist nicht übel, was? Mit dem Nebenverdienst bin ich vorsichtig, halte mich ganz auf gesetzlicher Bahn ... ho ho! Wir haben auch 'ne neue Wohnung — hast du schon gehört? Ein reizendes Quartier! Und eine Köchin haben wir gemietet — großartig kocht sie, die Kanaille! ... Vom Herbst an wird bei uns großer Empfang sein, wir werden Karten spielen. Nett soll's werden, hol's der Teufel! Prächtig werden wir unsere Zeit verbringen, und wir hoffen auch zu gewinnen. Wir sind ja zwei, die mitspielen, ich und meine Frau — eins muß doch immer gewinnen. So kommen wir wieder auf die Kosten ... ho ho, meine Seele! Das nennt man billig und angenehm leben!"

Er machte sich's noch bequemer auf dem Stuhle, rauchte sich eine Zigarette an, stieß den Rauch weit von sich und fuhr in gedämpften Tone fort:

„Da bin ich neulich über Land gefahren, Bruder — hast du schon gehört? Ich sag' dir, Mädels gibt es da ... fix! Der reine Zucker! Weißt du, solche Naturkinder — kernig, weißt du, so drall ... Und wie billig ist dir das, der Teufel soll mich holen! Ein Gläschen Likör, ein Pfund Pfefferkuchen — und sie ist dein!"

Lunew hörte diese Reden und schwieg. Er bedauerte Kirik im Grunde genommen, ohne sich eigentlich Rechenschaft darüber abzulegen, warum er diesen dicken, beschränkten Burschen bedauerte. Gleichzeitig aber hatte er jedesmal Lust, bei Antonomows Anblick zu lachen. Er glaubte die Erzählungen Kiriks von seinen ländlichen Erfolgen nicht. Es schien ihm, daß Kirik aufschneide und nach fremden Berichten erzähle. Und war Ilja in schlechter Stimmung, dann dachte er beim Anhören von Kiriks Prahlereien:

„Du Knicker!"

„Jawohl, Bruder, großartig ist das — so im Schoße der Natur der Liebe zu huldigen ... in schlichter Schäferhütte, wie es in den Büchern heißt!"

„Wenn aber Tatjana Wlassjewna davon was erfährt?"

„Sie will davon gar nichts erfahren", versetzte Kirik, indem er ihm lustig zublinzelte. „Sie weiß, daß sie gar nicht nötig hat, das zu wissen. Ho ho! Wir Männer sind eben wie die Hähne von Natur ... Na, und du, Bruder — hast du nicht auch schon eine Dame deines Herzens?"

„Ich bekenne mich schuldig", sprach Ilja lächelnd.

„Eine Näherin? Was? So 'ne hübsche Brünette ..."

„Nein, keine Näherin."

„Oder 'ne Köchin? 'ne Köchin ist auch nicht übel, die ist so hübsch warm und fürsorglich ..."

Ilja lachte wie toll, und dieses Lachen überzeugte Kirik davon, daß es in der Tat eine Köchin war.

„Mußt sie öfter wechseln, nicht immer bei derselben bleiben", riet er Ilja mit Kennermiene.

„Aber wie kommen Sie denn darauf, daß es gerade Köchin oder Näherin sein muß? Bin ich denn keiner andern wert?"

„Sie stehen dir, Bruder, nach deiner gesellschaftlichen Stellung näher als die andern. Du kannst doch nicht eine Liebschaft mit einer Dame oder einem Mädchen aus der vornehmen Gesellschaft beginnen, das gibst du doch zu!?"

„Aber weshalb denn nicht?"

(Fortsetzung folgt.)

geradezu empörend auf die Arbeiter. Hier aber offenbart die Stinnes-Cuno-Republik ihr wahres Gesicht. Die Steuerschraube wird bei den Arbeitern bis zum Weißbluten angezogen. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer aber sind bereit, mit diesen Ausbeutern weiter zusammen zu arbeitern.

Gerade der Steuerabzug, das brutalste Mittel der Bourgeoisie, die arbeitenden Massen auszubeuten, liefert den dringenden Beweis für die Notwendigkeit der Selbsthilfebewegung des Proletariats.

Lokales.

Breslau.

Eine Massenversammlung der KPD.

Für Dienstag abend hatte die KPD., Ortsgruppe Breslau, eine öffentliche Versammlung nach den „Zentralhallsälen, Westendstraße, einberufen. In Massen — etwa 3000 bis 4000 — waren die Arbeiter und Arbeiterinnen Breslaus erschienen. Der Saal war überfüllt. Unzweifelhaft hatte die im Vergleich zu der großen VSPD.-Organisation kleine KPD.-Organisation einen großen Erfolg zu verzeichnen. Viel VSPD.-Arbeiter waren dem Ruf der KPD. gefolgt.

Genosse Kanski referierte über das Thema: „Die Besetzung des Ruhrgebiets und die Aufgaben des Proletariats". Er zeigte auf, wie und warum es zur Besetzung des Ruhrgebiets kam, daß die bisherigen Regierungen, hauptsächlich aber die Cuno-Regierung bzw. die deutschen Kapitalisten, den Raubzug der französischen Imperialisten ermöglicht, bzw. direkt provoziert hätten. So u. a. Stinnes durch die Weigerung, das Holz für „Reparationszwecke" gegen Papiermark zu liefern! . . .

Die deutschen bzw. englischen Kapitalisten wären auch nicht einen Schein besser als ihre französischen Kollegen! Hatten sie doch unsern russischen Brüdern in Brest-Litowsk einen ebensolchen Gewaltfrieden aufgezwungen und dort dieselben Gewalttaten begangen. Wenn heute die deutschen Kapitalisten gegen die Ruhrbesetzung einen Protestrummel veranstalten, so deswegen, weil die Besetzung, die ihnen an und für sich wünschenswert war, jetzt zu Bedingungen erfolgt, die den deutschen Kapitalisten unangenehm sind. Sie wollen bessere Geschäfte machen und im Konzert (bzw.) Konzern der Großmächte die erste Geige spielen. Die Proleten sollen ihnen durch nationalistische Proteste, bzw. Kriege, dazu verhelfen. Wir Proleten haben keine Ursache, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wenn wir die Kastanien herausholen, dann zu unserem Besten. Er schilderte den Anwesenden die Gefahren, die dem gesamten Proletariat bevorstehen, sei es politisch oder wirtschaftlich und wies nach, daß das Proletariat weder von einer Cuno- noch von einer rein sozialdemokratischen Regierung die Besserung der elenden Lage erwarten dürfe. Nur durch die

Erfassung der Sachwerte

und durch die

Bildung einer Arbeiterregierung

kann das Proletariat aus diesem Elendssumpf herauskommen, in den es hineingeführt worden ist durch die Kapitalisten und ihre freiwilligen und unfreiwilligen Lakaien, die Sozialpazifisten. Diese Forderungen können noch im Rahmen der bestehenden Verfassung durchgeführt werden.

Der reiche Beifall bewies, daß der Referent den Anwesenden „aus dem Herzen" gesprochen hatte.

In der Diskussion sprachen zwei Parteilose, die Genossen Ehrlich, Gräf, ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener, der u. a. mitteilte, daß in seiner Heimat in Sibirien das weiße Brot jetzt nur noch 24 Kopeken koste.

Die Genossin Elvira Kuhke wendete sich an die anwesenden Klassengenossinnen, sie auffordernd, mit uns Kommunisten in Reih und Glied zu kämpfen für die vom Referenten genannten Forderungen. Von der VSPD. meldete sich kein Diskussionsredner, obwohl Referent und Diskussionsredner das Verhalten der VSPD.-Führer als für die Arbeiterschaft schädlich kennzeichneten.

Im Schlußwort ging Genosse Kanski auf einige Ausführungen der Parteilosen ein, unterzog die Taktik der VSPD. einer kritischen Betrachtung, forderte auf zum Eintritt in die KPD. und zum Abonnement der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".

Den Abschluß bildeten das Absingen der Internationale und die Veranstaltung einer Sammlung zur Stärkung des Kampffonds der Partei.

Ein Kinderausbeuter ist der Großkaufmann Lanz, Friedrich-Wilhelm-Straße 8. Er beschäftigt zur Zeit ein noch nicht 14jähriges Mädchen, dem er den lächerlichen Gehalt von 200 (zweihundert) Mark monatlich zahlt. Dafür muß dieses Kind von morgens 7 bis abends 9 Uhr im Haushalt dieses Ausbeuters schuften. Jeden Tag ermahnt die „gnädige Frau" das Mädchen, ja mit dem Schmutzsand und mit den Streichhölzern zu sparen, da alles so teuer sei. Daß bei dieser Tortur das Mädchen mit 200 M. nichts anfangen kann, überlegt sich die Frau aber nicht. Während die das Mädchen mit diesen Hungerpfennigen abfertigt, herrscht im Großkaufmanns sein luxuriöses Leben. Wein und Wurst gehen nie aus. Was kümmern sich diese Parasiten darum, daß sie mit dem Weine das Blut des Mädchens saufen? Hauptsache, sie werden recht fett dabei. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Behörden auf diesen unerhörten Fall und erwarten deren sofortiges Einschreiten.

Waldenburg. Kreisfrauenkonferenz. Am 14. Januar versammelten sich die Funktionäre des Kreises im „goldenen Becher", um den Bericht vom 1. Weltfrauenkongreß entgegenzunehmen. Nur zwei Ortsgruppen waren nicht vertreten, wovon eine durch eine wichtige Versammlung am Orte und die Krankheit des Vorsitzenden zu entschuldigen war. Anschließend an den Bericht vom Weltfrauenkongreß fand eine rege Aussprache über die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" statt, in der die Genossen dem anwesenden Vertreter der Redaktion schonungslos ihre Beschwerden und Wünsche entgegenbrachten. Dank der sachlichen Aussprache wurden dabei sehr gute Erfolge erzielt. Mit dem Gesang der Internationale wurde die arbeitsreiche und sehr gut besuchte Konferenz geschlossen. Anschließend fanden noch zwei Fraktionssitzungen statt.

Reichenbach. Blüten des Nationalismus. Die bürgerlichen Parteien unseres Ortes veranstalteten am vergangenen Sonntag eine Protestkundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Bei dieser wurde auch eine Resolution eingebracht und angenommen. Ein Arbeiter, der der Kundgebung beiwohnte, stimmt gegen diese Resolution. Das brachte den nationalistischen Mob zum Rasen. Es entstand vor dem Lokal ein großer Menschenauflauf. Die in großer Anzahl vertretenen Spießer fanden — da sie sich nur einem Feind gegenübersahen — Mut, tätlich vorzugehen. Sie beabsichtigten, den Arbeiter, unseren Genossen Schwab zu hauen. Dabei verbreitete irgendein gewissenloser Hauptmann die bekannte Schreckensmär von den entwaffneten Ausländern und sag, unser Genosse sei ein Bolschewik. Natürlich wurde das von den rasenden Bestien aufgegriffen und sie wurden in ihrer Absicht gestärkt, den Genossen zu [illegible]. In höchster Bedrängnis kam ein anderer Arbeiter dem Genossen zu Hilfe, was die Spießer schon etwas einschüchterte. Kurz darauf erschien auch die Polizei und nahm den Genossen in Schutzhaft. Bei dem Durchgehen durch die Menge versuchte einer der dicken Müßiggänger auf den Genossen mit einem Stock einzuschlagen und sagte: „Eine Gemeinheit von diesem Menschen, verprügeln müßte man ihn." Der zweite Arbeiter, der dicht hinter dem Genossen ging, sagte zu dem [illegible] Worte: „Rühren Sie diesen Menschen nicht an", und schon rutschte das Herz des tapferen Patrioten in die Hosen. — Beim Verhör stellte der Polizeikommissar dem Genossen die Frage, „ob er denn nicht ganz bei Sinnen sei" und machte Anstalten, den Genossen in Haft zu behalten. Der Genosse protestierte dagegen mit Erfolg. — Das ist das Zeichen unserer glorreichen Republik, die Polizei unterstützt die Reaktionäre und Hakenkreuzler und fördert die nationalistische Hetze, während die Arbeiter schikaniert und drangsaliert werden. Besonders dieser Polizeikommissar in unserm Ort ist als Reaktionär sehr bekannt. Es wäre angebracht, daß die republikanischen Behörden, die mit der Ausübung des Gesetzes zum Schutze der Republik betraut sind, sich diesen Herren einmal etwas genauer ansehen würden.

K.P.D. / Ortsgruppe Breslau.

Morgen Freitag

den 19. Januar, abends 7 Uhr, in den „Hubertussälen" Friedrich-Wilhelm-Straße 32

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: **Die politische Lage. Kassen- und Geschäftsbericht. Verschiedenes.**

Alle sonstigen Parteiveranstaltungen fallen aus, daher erscheint pünktlich und in Massen zu dieser wichtigen Versammlung.

Lauer. Stadtverordneten-Versammlung. Den Anfang der Sitzung machten die Krokodilstränen der Bürgerlichen über den schändlichen Raub des Ruhrgebiets. Sie möchten doch so gerne deutsche Truppen in Frankreich stehen sehen. Dazu kam die alte Phrase von der Einigkeit des ganzen Volkes, die von den „Mehrheitlern" mit Beifall aufgenommen wurde. Sind sie doch erst am Abend vorher in einer Protestversammlung den Bürgerlichen und besonders auch den Deutschnationalen nicht bloß in die Arme, sondern schon mehr zu Füßen gefallen. Den Lehrkräften an der Berufsschule wurde statt der pompösen Entschädigung von 20 Mk. der glänzende Lohn von 58 Mk. für die Stunde bewilligt. Unser Antrag auf zeitgemäße Bezahlung wurde von den Bürgerlichen abgelehnt. Der Handarbeitslehrerin, die ebenfalls 20 Mk. für die Stunde erhält, wollte man jährlich 600 Mk. zulegen. Unser Genosse sprach die Befürchtung aus, der städtische Etat könnte durch eine so gewaltige Zulage aufs schwerste erschüttert werden. Auf seinen Antrag wurden die fraglichen Sätze für nebenamtlich beschäftigte Lehrkräfte bewilligt. Für besonders Bedürftige wurde eine Million zur Beschaffung von Kohle und Gas bewilligt. Die Mittel sollen durch eine indirekte Steuer auf Gas und elektrisches Licht aufgebracht werden. Gegen letzteres wandte sich unser Genosse in scharfen Ausführungen. Als aber auch die Sozialdemokraten dagegen ankämpften, wies unser Genosse darauf hin, daß gerade die verfehlte Steuerpolitik der SPD. im Reich den Städten keinen andern Weg als den der indirekten Steuer lasse. Ferner beklagten sich die Sozialdemokraten, daß die Vorlage reichlich spät käme, obwohl sie selbst im November und Dezember die Anträge von unserer Seite auf eine großzügige Hilfe für die Bedürftigen in keiner Weise unterstützt haben, lediglich deswegen, weil sie von den verhaßten Kommunisten kamen. So stürzte das Hilfswerk für die Notleidenden heute zu einer schweren Niederlage für die SPD., indem die Bürgerlichen die erforderlichen Mittel bewilligten und diese hauptsächlich aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung holen werden. Unser Antrag auf Schaffung eines Kommunalfriedhofs wurde zwar selbst von bürgerlicher Seite wohlwollend beurteilt, aber als zu kostspielig abgelehnt. Ein Antrag unseres Genossen, einem Buchdrucker, der das Verbrechen begeht, in seiner bürgerlichen Partei organisiert zu sein, auch städtische Drucksachen zu übertragen, wurde von bürgerlicher, besonders deutschnationaler Seite mit Hilfe der Geschäftsordnung so terrorisiert, daß er nicht einmal zur Besprechung kommen konnte, sonst wäre nämlich die Günstlingswirtschaft der bürgerlichen Kreise schlimm unter die Räder gekommen. — An der Arbeiterschaft von Lauer wird es liegen, bei den nächsten Wahlen mit dieser Herrschaften aufzuräumen.

Zeppenfeld. Die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe der KPD. fand am Sonntag, den 14. Januar, statt. Die Tagesordnung umfaßte 4 Punkte. Der wichtigste war die Wahl der Ortsgruppenleitung. Gen. Scholz bat, von seiner Person Abstand zu nehmen, da er zu viel von den Posten und Sprechämtern inne hätte. Die Genossen machten auf die Erklärung des Gen. Scholz hin andere Vorschläge zum 1. Vorsitzenden. Der Gen. Lindenthal nahm zu diesem Punkte das Wort und legte der Versammlung klar, daß uns mit einem Beisel in der Person des 1. Vorsitzenden nicht gedient sei, sondern daß sich die Genossen bereit erklären sollten, etwas von der vielen Arbeit abzunehmen, sodaß es dem Genossen Scholz möglich ist, auch fernerhin allen Anforderungen als 1. Vorsitzender gerecht zu werden. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Mehrere Genossen erklärten sich zur Mitarbeit bereit. Nachdem Gen. Scholz von der vielen Arbeit entlastet worden ist, wurde er einstimmig wiedergewählt. Zum Gedächtnis des Todestages unserer Vorkämpfer der Revolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, nahm Gen. Scholz das Wort. Er legte in kurzen Umrissen den Werdegang dieser beiden Helden dar, zeigte, wie sie gekämpft haben [illegible] den vordersten Reihen der Proletarier. Gen. Scholz schilderte die Politik der SPD. in den Tagen des Januar 1919, die Hetze des Vorwärts: „Vielhundert Tote in einer Reih — Karl, Rosa, Radek und Kumpanei — es ist keiner dabei, es ist keiner dabei." Würdig gedenken wir der Toten und geloben, das Werk der Gemordeten fortzuführen, bis wir das Ziel, die soziale Revolution, vollendet haben. Zum Schluß erhoben sich die Genossen von den Plätzen und ehrten die Toten durch den Gesang der Internationale. K. L.

Briefkasten.

Breslau. Genosse W. Friedrich. Wir bitten um gelegentlichen Besuch in der Redaktion.

Das gewaltige Zeitgemälde
Die Hekatombe
(Die Gedenkfeiern.)

Dichtung von Karl Wolfer.

Zur Buchausgabe, illustriert von Künstlern und Dichtern, komponiert von Ernst Toch.

kommt zur Uraufführung am Freitagabend, den 26. Januar 1923, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Konzerthauses

zur Gedächtnis-Feier

Sammelwaren jeder Art, Spülspritz, Irrigatoren, Leib- u. Monatsbinden. Muster gegen Rückporto.

Frau A. Gebauer
Breslau 6 V, Bessauerstr. 1, II. Ecke Friedrich-Wilhelmstraße 36. F

Küchen
große Auswahl von 6500 Mk. an.
Giesel
Brüderstr. 23. F

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile unt. dies. Rubrik muß ein Betrag von 10 M gezahlt werd.

KPD — Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Bresl., Nikolaistr. 49/50. Fernruf Amt Ring 8837. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto: Breslau 58864, Alfred Oelßner.

Breslau. Distrikt 14/15. Freitag, den 19. Januar, abends 7 Uhr, Distriktabend im Parteilokal, Nikolaistraße. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

— Distrikt 13. Freitag, den 19. Januar, abends 7 Uhr, Distriktversammlung.

Sonnabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Ortsleitungssitzung. Wichtige Tagesordnung.

An alle Distrikte. Die Literaturobleute müssen bis Sonnabend, den 20. Januar der Ortsleitung namhaft gemacht werden.

Ortsgruppe Altwasser. Sämtliche Zehnerschaftsführer haben bei der Monatsabrechnung die Namen ihrer kassierten Genossen bei Genossen Jahn, Charlottenbr. 58, anzugeben, zwecks Registrierung der Mitglieder. Bis zum 25. 1. müssen sämtliche Unterkassierer abgerechnet haben.

— Sonntag, nachm. 2 Uhr, im „Eisernen Kreuz", Funktionärsitzung. Zu erscheinen haben alle Zehnerschaftsführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Vertreter der Betriebe und sonstigen Vereinigungen. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Fellhammer. Sonntag, 21. Januar, nachm. 1.30 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung" hinter-Fellhammer, große öffentliche Volksversammlung. Thema: „Die Ruhrbesetzung, und was sagen Euch die Kommunisten." Sämtliche Parteigenossen haben eine halbe Stunde früher zu erscheinen.

Königszelt. Donnerstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Friedrichsdenkmal" Mitgliederversammlung. Vortrag über die Bildungsfrage. Referent: Genosse Kirchner-Breslau. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 21. Januar, vorm. 9 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthaus zur „Friedenshoffnung" (bei Scholz). Es ist Pflicht jedes Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Bericht vom 4. Weltkongreß durch Genossen Kupper. Genossen, zeigt, daß Ihr den Ernst der Zeit versteht und erscheint in dieser Versammlung. Jeder Zehnerschaftsführer ist verantwortlich für seine Zehnerschaft.

Marklissa. Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Stadt Wien", Schadewalde, außerordentliche Mitgliederversammlung. Da wichtige Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Sympathisierende sind herzlich willkommen.

Reichenbach. Sonnabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, bei Genossen Mann, Distriktabend. Sämtliche Funktionäre, sowie auch Mitglieder, die sich als Agitatoren ausbilden wollen, müssen erscheinen.

KJD — Bezirksleitung: Max Glüer, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto: Breslau 6786 Max Glüer.

Breslau. Unser Bildungsartikel trifft sich am Donnerstag, 18. Januar, abds. 7 Uhr in der Mirocritenschule.

Kreis Hirschberg. Sonntag, den 21. Januar, mittags 12 Uhr, in der „Annakapelle" Kreiskonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Beauftragte der BL. sind anwesend.

— **Kreisleiter der K. J.** für den Kreis Hirschberg ist der Genosse Ernst Sander, Arnsdorf i. Rsgb.

Langenbielau. Sonnabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, bei Dittert, Generalversammlung. Tagesordnung: Jahres- und Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes. Pflicht eines jeden ist, pünktlich zu erscheinen. Mit uns Sympathisierende und Parteigenossen sind eingeladen.

Waldenburg. „Jung-Volk vom Bau", Freitag, den 26. Januar, abends, Generalversammlung in der Stadtkantine. Es ist Pflicht, unserer Bauarbeiterjugend in die Generalversammlung zu gehen.

— Alle Genossen (innen), die auf Fahrpreisermäßigung nach Liebau fahren, treffen sich Sonnabend, den 20. Januar, abends 5.45 Uhr, am Bahnhof Waldenburg.

— Donnerstag, den 25. Januar, Parlamentsabend im Heim. Alle Genossen (innen), die Mandate der Ortsgruppe Waldenburg haben, müssen sie sofort abliefern, ebenso haben noch einige Genossen Rechnungen von unserer Winterfestabendfeier abzuschließen.

Gewerkschaften — Alle Zusendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Breslau. Donnerstag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Fraktionssitzung der Schuhmacher. Sehr wichtige Tagesordnung.

— **Achtung Eisenbahner.** Mittwoch, den 17. Januar, abends 7 Uhr, im Parteilokal Zusammenkunft sämtlicher hiesiger Eisenbahner. Sonderinteressierende sind mitzubringen. Nochmals wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Pflicht.

Altwasser. Kommunistische Bergarbeiter. Freitag, abends 6 Uhr, im Eisernen Kreuz, Sitzung. Sämtliche hiesige kommunistische Bergarbeiter haben zu erscheinen.

Nieder-Altwasser. Bergarbeiterverband. Sonntag, vorm. 9 Uhr, Zahlstellenversammlung im Gemeindehof. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Freiburg. Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Buchwald", Zusammenkunft aller Vorsitzenden und Kassierer der christlichen Gewerkschaften. Die Abrechnungen vom 1. Quartal sind mitzubringen.

Neu-Salzbrunn—Conradsthal. Sonntag, den 21. Januar, vorm. 10 Uhr, im „Finkenhaus", Mitgliederversammlung sämtlicher kommunistischen Bergarbeiter.

Waldenburg. Bauarbeiter und Zimmerer. Sonnabend, den 20. Januar, abds. 7 Uhr im „Hecht" zu Altwasser, Fraktionssitzung. Stellungnahme zur Generalversammlung und Mitgliedskassierung. Diese Ortsgruppe muß vertreten sein.

Andere Organisationen — Alle Zuschriften an d. Sekretariat Nikolaistr. 49/50.

Neu-Salzbrunn. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Januar, nachm. 3 Uhr, Mitgliederversammlung im Mühlgang. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben eine Stunde früher zu erscheinen.

Verantwortl. f. d. gesamt. Inhalt: Th. Kantski, Inseraten: Max Zschocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Kommunistische Jugend / Ortsgruppe Liebau

findet am Sonnabend, den 20. Januar im Hotel „Stadt Berlin" stattfindenden

Winter-Sonnwend-Feier
verbunden mit Fahnen-Weihe

laden wir alle Parteigenossen u. -genossinnen sowie alle Leser der Schles. Arbeiter-Zeitung und mit uns Sympathisierende freundlichst ein. — Alle eingegliederten Ortsgruppen der K. J. bitten wir recht zahlreich zu erscheinen.

Der Abend bietet:

Rezitationen, Liedervorträge, Sprechchor, Mandolinenvorträge der Waldenburger Jugendgenossen, Bücherausstellung und Verlosung, Turnerisch. Vorführungen des Turnvereins „Frei Heil"

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.

Hohen Verdienst
finden Genossen als
Annoncen-Akquisiteure
für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung"
Zu melden beim
Anzeigen- u. Reklame-Verlag
Jacobowitz & Co., Breslau 5
Alexiusstraße 2.